

Adenauers Antwort an Bulganin

Für diplomatische Gespräche – Gegen weiteren Briefwechsel

Bonn (dpa). In seinem neun Seiten umfassenden Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin hat sich Bundeskanzler Adenauer für die Einleitung von diplomatischen Gesprächen ausgesprochen, um eine konstruktive Lösung der gegenwärtigen internationalen Spannungen zu finden. Die Bundesregierung sei bereit, so heißt es in dem Schreiben, auch jeden erfolversprechenden Ansatzpunkt zu benutzen, um der Beseitigung der zwischen Moskau und Bonn bestehenden Spannungen näherzukommen.

Dies gelte auch für die Klärung der Komplexe Abrüstung und Sicherheit. Gleichzeitig sprach sich der Bundeskanzler dafür aus, den öffentlichen Briefwechsel einzustellen, „der mir nicht die geeignete Methode zur Klärung grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zu sein scheint“.

Die letzten sowjetischen Abrüstungsvorschläge bezeichnete Adenauer in seinem Schreiben als Enttäuschung. Zur Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Europa meint der Kanzler, entscheidend sei nicht die Teilfrage, wo heute oder morgen Atomwaffen gelagert würden, sondern die grundsätzliche Frage, daß man auf ihre Produktion überhaupt verzichten soll.

Nachdrücklich betont Adenauer, für die NATO-Politik gelte ohne Einschränkung der Grundsatz der UN-Charta, der jeden Angriffskrieg verbiete. Hinsichtlich der Abrüstung bekennt sich der Kanzler zu den westlichen Vorschlägen der UN-Abrüstungskommission, die später von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit angenommen worden sind. In der Frage der Atomwaffen stellte sich Adenauer hinter die Vorschläge Eisenhowers, die eine wirksame und lückenlose Kontrolle ermöglichen würden. In diesem Zusammenhang richtet der Kanzler den Appell an Bulganin, sich zu den Abrüstungsbeschlüssen der Vereinten Nationen zu bekennen,

Mit besonderer Eindringlichkeit appelliert Adenauer an den sowjetischen Ministerpräsidenten, die Sowjetregierung solle sich zur Genfer Direktive bekennen, in der sich die vier

Großmächte gemeinsam zur Regelung der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit durch freie Wahlen verpflichtet haben. „Es ist für mich eine der größten Enttäuschungen gewesen, daß sich die Sowjetunion bis zur Stunde der Verwirklichung eines auch von ihr anerkannten Zieles entgegengestellt hat.“ Es bestehe keinerlei Grund, so versichert der Kanzler, daß die Sowjetunion die Entscheidungen eines wiedervereinigten deutschen Volkes zu fürchten habe.

Gleiche Waffen für drei Armeen

Ein neuer Versuch im Rahmen der NATO

Bonn (Eigenminister). Bundesverteidigungsminister Strauß, sein französischer Kollege Chaban-Delmas und der italienische Minister Taviani hatten in Bonn Besprechungen über eine Zusammenarbeit der drei Staaten auf dem Gebiete der Rüstung. Die Unterhaltungen verfolgten bei weitem nicht so geheimnisvolle Ziele, wie man aus Äußerungen im Bundestag schließen könnte. Vielmehr wollen die drei Minister, nachdem sich die Atlantische Organisation und die Westeuropäische Union jahrelang vergeblich bemüht haben, zu einer gewissen Angleichung der Waffen und Geräte zu gelangen, nun zu dritt für ihre Staaten diesen Versuch wiederholen. Wieweit dabei ein Erfolg erwartet werden kann, ist noch völlig offen.

Minister Strauß hat allerdings darüber hinaus ehrgeizigere Pläne. Er will nach Möglichkeit dafür sorgen, daß für die größeren europäischen Armeen ein einheitlicher Panzertyp und das einheitliche Modell eines Jagdflugzeuges entwickelt werden. Außerdem denkt er an die ge-

meinsame Entwicklung von Abwehrraketen gegen Panzer und Flugzeuge. Bei alledem geht es zunächst nur um die gemeinsame wissenschaftliche Entwicklung, noch nicht um eine gemeinsame, zwischen den drei Staaten aufgeteilte Produktion.

Schon vor zwei Jahren ist in dieser Richtung durch die Gründung eines gemeinsamen deutsch-französischen Instituts für Ballistik in St. Louis ein Anfang gemacht worden, und es liegen neuerdings Nachrichten darüber vor, daß auch schon gemeinsame Waffenversuche in der Sahara stattgefunden haben. Trotzdem dürfen die enormen Schwierigkeiten, die einer Umstellung der nationalen Rüstungsindustrien auf bestimmte Normen und Typen entgegenstehen, nicht unterschätzt werden. Von einer völligen Verschmelzung der Rüstungsindustrien, die auch das Aufgeben gewisser nationaler Interessen voraussetzen würde, ist man jedenfalls noch weit entfernt.

Die Chance

DT. In seinem Antwortbrief an Bulganin macht Adenauer den Vorschlag, diplomatische Ost-West-Gespräche einzuleiten, denen dann eine Außenministerkonferenz folgen könnte, um die Regierungschefs vor klare und vielleicht sogar alternative Entscheidungen zu stellen. Nach der harten Polemik des zweiten Bulganin-Briefes ist dieser Vorschlag durchaus als eine volle Ausnutzung der gegenwärtigen realen Möglichkeiten anzusehen, mit Moskau in ein besseres Verhältnis zu kommen. Die Kritik der Opposition kann kaum noch verstanden werden, wenn sie aus diesem Antwortbrief „nichts Neues“ herausliest, sich gleichzeitig aber über eine Vorwegnahme der außenpolitischen Bundestagsdebatte durch Adenauer beklagt.

Neu auch — oder wenn man so will: fortschrittlich — ist in der gegenwärtigen Situation der Versuch Adenauers, trotz allem auf einen besseren Ton zu dringen, die agitatorische Absicht der Briefschreiberei auszuschalten, unrichtige und beleidigende Behauptungen Moskaus endgültig zu verbannen und die übersteigerte „Publizität“ des diplomatischen Verkehrs zu bremsen im Sinne einer geheimeren Diplomatie, wie sie auch der Bundespräsident befürwortet. Wenn Bulganin nicht darauf eingehen sollte, würde er bereits die Grundvoraussetzung aller Konferenzbemühungen torpedieren. Auf diese Grundvoraussetzung allein aber konnte es dem Bundeskanzler jetzt ankommen. Nicht aber auf die bedenklich-propagandistische Publizierung neuer detaillierter Ansichten, die eben Gegenstand der Diplomatie sein müssen.

Es ist deshalb auch zu begrüßen, daß keine Teilfragen, etwa die atomfreie Zone, endgültig brieflich beantwortet wurden, wie das die Opposition in ihrem Sinne wohl auch nicht allen Ernstes erwarten konnte. Aber wo es keine Kompromisse gibt, hat Adenauer auch in diesem konzilianten Schreiben Farbe bekannt: eine Konföderation beider deutscher Staaten ist undenkbar; nicht zwei Regierungen, sondern das ge-

samte deutsche Volk auf beiden Seiten der Trennungslinie hat frei über sich selbst zu entscheiden. Es ist dies eine sehr sachliche, demokratische Sprache — um so bedauerlicher, wenn die Reaktion aus Bonn zeigt, daß wir vom Ideal einer gemeinsamen Außenpolitik, aus parteitaktischen Gründen sicherlich, wieder sehr weit entfernt sind.

Hilfe für Nahost?

DT. An der bevorstehenden Tagung der Bagdadpaktstaaten in Ankara werden auch die USA teilnehmen. Dabei wird Dulles, der selbst nach Ankara fahren will, in einer heiklen Situation sein. Wenn er nämlich alles tun würde, um die militärische Position des Westens im Nahen und Mittleren Osten — also innerhalb der Staaten des Paktes: Türkei, Irak, Persien, Pakistan — zu stärken, könnte es leicht geschehen, daß sich in Ägypten eine neue Verstimmung gegen den Westen herausbildet, das sich in letzter Zeit um ein besseres Verhältnis zu Washington bemüht hatte. Es soll in Ankara aber vor allem um die Frage der Wirtschaftshilfe gehen. Nachdem die Sowjetunion mit bedeutenden Krediten an Syrien und Ägypten herangetreten ist, darf Amerika nicht mehr nachhinken.

Die kommende Tagung in Ankara wird deshalb von größter Entscheidung für die Politik des Nahen Ostens sein. Schon haben sich die Sowjets mit drohenden Worten eingeschaltet. In Ankara wimmelt es von Politikern, Journalisten, Neugierigen und Geschäftemachern. Besonders die Türkei, die sich seit Jahren in einer äußerst schweren Wirtschaftskrise befindet, erwartet von der Konferenz eine Stärkung nicht nur ihrer politischen Situation, sondern auch ihrer Wirtschaftsmöglichkeiten. Jedermann hier weiß, daß sehr kräftige Deviseninjektionen nötig sind, um die Türkei wieder flottzumachen. Während es sich bei Persien und beim Irak vor allem darum handelt, das Regime zu stützen, eine Barriere gegen Unzufriedene aufzurichten, während es sich bei Pakistan darum handelt, diese öst-

lichste muselmanische Macht an den Nahen Osten zu heften, soll die Türkei politisch und militärisch gestärkt werden, damit sie tatsächlich als Fortsetzung des Atlantikpaktes zum wichtigsten Partner des Bagdad-Paktes wird. Denn auf diese Weise könnten beide Paktsysteme einen einzigen Abwehrblock bilden. Washington scheint inzwischen zu wissen, daß dies nur mit einer wirtschaftlich gesunden Türkei möglich ist.

Die Tagung der Bagdadpaktstaaten in Ankara ist also mehr als eine der üblichen Konferenzen dieses Paktes und auch mehr als irgendeine Wirtschafts- oder Finanzkonferenz zur Unterstützung unterentwickelter Länder. Sie entscheidet diesmal über Weiterbestehen des Bagdadpaktes, über die Kraft, die ihm in Zukunft innewohnt wird und damit über die Verteidigung der Südostflanke der freien Welt.

Gesandte warten

DT. Vor drei Monaten erfolgte die Anerkennung der „DDR“ durch Jugoslawien. Vier Tage später brach Bonn die Beziehungen zu Belgrad ab. An dieser konsequenten Maßnahme wurde damals sehr laut Kritik geübt. Man warnte vor einer „Kettenreaktion“, vor heillosen außenpolitischen Verwirrungen, falls weitere Anerkennungen Pankows durch neutrale Staaten erfolgen würden. Nur wenige Stimmen wagten zu erklären, daß dieser bedauerliche Schritt Titos möglicherweise von Jugoslawien selbst am meisten bedauert werden würde. Die Anerkennung des Zonengebildes wurde und wird nicht rückgängig gemacht, aber längst läßt sich feststellen, daß zumindest der Start in eine gute und geregelte diplomatische Zusammenarbeit ein Fehlstart gewesen ist. Am „guten Willen“ Pankows hatte es dabei wahrlich nicht gefehlt; Piecks Tochter, Lore Stalmer, wurde sehr bald für den Posten des Gesandten in Belgrad bestimmt, — um so bezeichnender, wenn die Jugoslawen bis zum heutigen Tage die Ernennung und Entsendung eines Gesandten nach Pankow

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Über Deutschland verhandeln

Dulles nennt Voraussetzungen für Ost-West-Treffen

Washington (dpa/ap). Der amerikanische Außenminister Dulles hat erklärt, es wäre besser, auf eine Ost-West-Konferenz zu verzichten, wenn das Problem der deutschen Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung einer derartigen Konferenz steht. Als weitere Voraussetzung nannte Dulles eine sorgfältige Vorbereitung, weil nur dann positive Ergebnisse erzielt werden könnten. „Es liegt nun an den Sowjetführern, zu erkennen zu geben, ob sie eine Gipfelkonferenz, die der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit dient, wünschen oder nicht.“

Außenminister Dulles erklärte zur deutschen Frage wörtlich: „Ich kann mir die Abhaltung einer neuen Gipfelkonferenz nicht vorstellen, die die 1955 in Genf erzielten Abkommen und Beschlüsse völlig übergeht. Wenn dies geschehen sollte, würde es nach meiner Ansicht

besser sein, überhaupt keine Konferenz abzuhalten.“

Auf der Genfer Konferenz hatten die Regierungschefs u. a. beschlossen, Deutschland durch freie Wahlen wiederzueinigen.

Der Außenminister, der vor dem Nationalen Presseklub in Washington sprach, warnte nachdrücklich vor einem nicht oder nur schlecht vorbereiteten Ost-West-Treffen. Es wäre ein „tödliches Unglück“, wenn eine solche Konferenz die freien Nationen zur Aufgabe der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen verleiten würde, ohne daß im Ostblock entsprechende Änderungen eintreten. Ein gleichgroßes Unglück wäre es, wenn die Konferenz in einer feindseligen Atmosphäre abgebrochen werden müßte, da dies zu einer Verschärfung des kalten Krieges und möglicherweise sogar zu einem heißen Krieg führen könnte.

Mehr Geld für Raketen

Washington (ap). Der Bewilligungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat sich für die Bereitstellung zusätzlicher militärischer Mittel von 1,41 Milliarden Dollar für die Beschleunigung des amerikanischen Raketenprogramms und zur Verstärkung der Luftstreitkräfte ausgesprochen. Die vom Bewilligungsausschuß vorgeschlagene Summe geht um 40 Millionen Dollar über die

Anforderung Präsident Eisenhowers hinaus, die für das laufende Haushaltsjahr gilt.

Der Ausschuß erklärte, die USA könnten es sich nicht leisten, in einer Zeit „immer größerer Gefahren“ nur die Zweitbesten zu sein. Der Ausschuß übe an der Rüstungspolitik der Regierung Kritik und bezeichnete die von Eisenhower beantragte Summe als „konservativ“.

Kanzler lehnt Rapacki-Plan ab

Ausführliche Stellungnahme vor der CDU-Fraktion

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone einzurichten, abgelehnt. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion machte Adenauer folgende vier Einwände gegen den Plan geltend:

1. Wenn in den beiden Teilen Deutschlands, in Polen und in der Tschechoslowakei keine Atomwaffen gelagert werden, so bedeutet das für dieses Gebiet keineswegs eine Sicherheit vor dem Beschuß mit Atomwaffen. Man muß vielmehr annehmen, daß im Falle eines Krieges gerade auch dieses Gebiet zum Ziel von Atomwaffen würde.

2. Bei einer Verwirklichung des Rapacki-Planes müßte die Bundesrepublik aus dem Atlantikpakt austreten. Die amerikanischen Truppen, die jetzt in Westdeutschland stehen, würden sich nicht mit der Ausstattung mit nichtatomaren Waffen zufriedengeben, sondern die Bundesrepublik verlassen. Auf weite Sicht sei dann mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa zu rechnen, und das würde die Preisgabe des Kontinents gegenüber dem sowjetischen Druck bedeuten.

3. Der Rapacki-Plan sieht keineswegs die Wiedervereinigung Deutschlands vor, sondern beruht auf der Annahme, daß die Bundesrepublik und die Sowjetzone als zwei voneinander getrennte Staatswesen fortbestehen.

4. Der Rapacki-Plan muß nicht als isolierter Vorschlag, sondern im Zusammenhang mit der sogenannten Moskauer Deklaration vom November des vergangenen Jahres gelesen werden. In dieser Deklaration haben die kommunistischen Parteien und die von ihnen beherrschten Regierungen erneut das Ziel der Weltrevolution proklamiert und sich für den Fall innerer Unruhen in ihren Ländern gegenseitig das Recht der Einmischung zugebilligt. Adenauer deutete an, daß man aus diesem Grunde bei der Verwirklichung des Rapacki-Planes nicht mit der Befreiung der Sowjetzone, Polens und der Tschechoslowakei rechnen könne, da die Regierungen dieser Staaten bei inneren Unruhen ohne Zweifel sofort sowjetische Truppen zu Hilfe rufen würden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS MUSS EIN ENDE HABEN!

Die große Kundgebung in der Berliner-Kongreßhalle — Brentano: Ostpolitik mit dem Westen

Wir fordern leidenschaftlich die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation", stellte Bundesaußenminister von Brentano fest. Jede politische Maßnahme müsse deshalb vor ihrer Verwirklichung an diesen Grundsatz gemessen werden. Der Außenminister betonte, man müsse Mittel und Wege finden, um aus der gegenwärtigen unerträglichen Situation herauszukommen. Der Schlüssel auch zur Lösung der deutschen Frage liege in der Entspannung. In ihrer Berührung mit dem Ostblock, betonte von Brentano, stehe die deutsche Außenpolitik aber vor Problemen von ungeheurer Tragweite. Durch eine fehlerhafte Ostpolitik könnten Leben und Freiheit der Nation auf das schwerste gefährdet werden. Wörtlich erklärte der Minister: „Wir haben ein echtes Interesse daran, das Verhältnis mit anderen Staaten des Ostblocks zu verbessern.“

Arbeit nicht umsonst

Zu Beginn der Kundgebung, die vom Radio-Symphonie-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Wolfgang Stresemann mit der Egmont-Ouvertüre eingeleitet wurde, hatte der geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU, Bundestagsabgeordneter Dr. Johann B. Gradl, besonders die Ostberliner, die Bewohner der Sowjetzone und die ehemaligen politischen Häftlinge sowie Mitglieder der Bundestagsfraktion sowie der Landesverbände herzlich begrüßt.

Gradl sagte, die Arbeit der Jahre 1945 bis 1948 sei nicht umsonst gewesen: denn nahezu drei Jahre habe man die kommunistische Durchdringung diesseits der Elbe wenigstens aufhalten können. Diese Zeitspanne habe die westliche Welt benötigt, um sich von ihren Illusionen über den östlichen Bundesgenossen frei zu machen.

Abschließend stellte Gradl unter Beifall fest, aus den Tatsachen dieser Jahre hätte man die Lehre gezogen, daß ein Volk nur dann in der Gestaltung seines Lebens seinen eigenen Weg gehen könne, „wenn es etwas ist und wenn es etwas hat“. Daher habe man auch ja gesagt zum staatlichen Aufbau des freien Teiles Deutschlands und zum Aufbau eigener Verteidigungskraft.

Kaiser: „Volk der Mitte“

Lebhaft begrüßt wurde von den Kundgebungsteilnehmern ein Gruß-

Berlin (Eigenbericht). In der festlich geschmückten und überfüllten Kongreßhalle nahe der Sektorengrenze haben sich am Sonntagabend führende Politiker der Christlich-Demokratischen Union, an der Spitze Bundesaußenminister von Brentano, erneut für die Wiedervereinigung als oberstes Ziel der deutschen Politik ausgesprochen. Die repräsentative Großkundgebung, die von der Exil-CDU in Erinnerung an die Vorgänge vor zehn Jahren gemeinsam mit dem Landesverband Berlin im Anschluß an den CDU-Parteitag veranstaltet wurde, stand unter dem Leitsatz: „Die Teilung Deutschlands muß ein Ende haben.“

wort von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Gradl verlas ein gleichermäßen von der Versammlung begrüßtes Wort Jakob Kaisers, der aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnte. Nach den Worten Kaisers hätte „das kommunistische System unseren Landsleuten in der Zone nicht in dem Maße aufgezwungen werden können, wie es geschehen ist, wenn alle politischen Kräfte die Gefahr für die Einheit und Freiheit unseres Landes erkannt hätten und ihr mit Mut und in Geschlossenheit entgegengetreten wären“. Zwei Männer seien Beispiel dafür gewesen, wie gegen Mut und Geschlossenheit gefehlt wurde: „Otto Grotewohl, der den tiefsten und entscheidendsten Einbruch in die Reihen der freiheitlichen Kräfte zu verantworten hat und der jüngst verstorbene Otto Nuschke.“ Noch kurz vor seiner „Kapitulation“ habe Grotewohl erklärt: „Der Otto Grotewohl kapituliert nie. An dem Tage, an dem mich Karlshorst zur Kapitulation zwingen will, löse ich die SPD auf.“ (Allgemeine Heiterkeit.)

Kaiser dankte dann allen, die damals „für unsere Politik des Widerstehens geradestanden“ und erwähnte u. a. den Vorsitzenden des Sächsischen Landesverbandes, Professor Hugo Hickmann, sowie auch die Mitarbeiter der damaligen Tageszeitung „Neue Zeit“, an ihrer Spitze Wilhelm Gries und Karl Brammer. Es sei von Anfang an klagewesen, daß man dem Kommunismus nur dann wirksam begegnen konnte, „wenn man den Weg einer entschlossenen sozialen, einer freiheitlich sozialen Politik ging. Das entsprach ohnedies der christlich-sozialen Grundhaltung.“

Nationale Bewährungsprobe

Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzender der Berliner ODU, Ernst Lemmer, stellte fest, nach seiner Ansicht hätten die Brandenburger, die Mecklenburger, die Sachsen-Anhaltiner, die Thüringer, die Sachsen und die Berliner beider Teile ihre Bewährungsprobe bereits bestanden. „Jetzt geht es um die Bewährungsprobe der ganzen Na-

tion.“ Mit aller Kraft müsse man es verhindern, daß sich das deutsche Volk auseinanderlebe.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nahm der Minister energisch gegen kommunistische Attacken gegen seine Person Stellung und betonte, die eigentlichen „reaktionären Kräfte in Deutschland“ säßen jenseits des Brandenburger Tors. Mit wirklich „lebenswürdigen Verhältnissen“ könne man die „Republikflucht“ am besten bekämpfen. Unter allgemeiner Zustimmung meinte Lemmer, kein anderes Volk würde den Zustand der Trennung so hinnehmen. „Wenn man drüben von einer Konföderation spricht“, fuhr er fort, „so kann ich nur sagen, sehen wir uns erst mal die Möglichkeit eines redlichen Nebeneinanderlebens in Freizügigkeit an.“ Auch den 70 Millionen Menschen im Herzen Europas könne auf die Dauer in diesem Jahrhundert kolonialer Emanzipation das Recht auf Selbstbestimmung nicht verweigert werden.

Politik mit Rückhalt im Westen

Als letzter Redner hielt Bundesaußenminister von Brentano ein ausführliches Referat zum Thema „Die deutsche Außenpolitik und der Osten“. Er stellte in einem Rückblick fest, daß es zunächst die Aufgabe gewesen sei, den freien Teil Deutschlands fest mit der freien Welt zu verbinden und daß erst diese Verbindung den Rückhalt geschaffen habe, der für eine Ostpolitik unerlässlich sei. Jeder wisse es, sagte von Brentano, daß die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Moskau ungenügend seien. Diese Beziehungen könnten erst dann denkbar aufgeschlossener und freundlicher werden, „wenn eine gesamtdeutsche Regierung in der Hauptstadt Berlin in der Lage sein wird, einen deutschen Botschafter bei der Sowjetregierung zu akkreditieren, und wenn die Sowjetunion bei dieser deutschen Regierung ihrerseits einen russischen Botschafter bestellt“. Brentano erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß aber auch in dem Raum

östlich Deutschlands noch andere Völker leben würden, mit denen die Bundesrepublik bisher ein offizielles Gespräch noch nicht aufgenommen habe.

Für die deutsche Außenpolitik bestehe „bis zur Stunde“ die grundsätzliche Erkenntnis, daß sich in der Zielsetzung des Ostblocks gegenüber der freien Welt nichts geändert habe. Dies schließe nicht aus, daß sich in Methode und Taktik in der Wahl des regionalen Schwerpunktes und vielleicht auch im Vermögen, die grundsätzliche Zielsetzung zu verwirklichen, etwas geändert haben könnte. Der Minister fuhr fort, die Bundesregierung sei bestrebt, das Mögliche zu tun, um das Verhältnis mit der Sowjetunion zu verbessern. „Aber wir haben auch ein echtes Interesse daran, unser bilaterales Verhältnis mit den anderen Staaten des Ostblocks zu verbessern. Dies wird eines Tages auch möglich sein. Dieser, ich möchte sagen, natürliche Vorgang darf keinen antisowjetischen Akzent haben.“

Warum keine freien Wahlen?

Brentano wies Bulganins Unterstützung für eine „deutsche Konföderation“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone zurück und stellte die Frage an die Sowjetunion, weshalb sie die demokratische Entscheidung des deutschen Volkes durch freie Wahlen fürchte. Das deutsche Volk könne keinen anderen Wunsch, als „in gesicherter Freiheit zu leben und sich in eine friedliche Ordnung der Völker einzufügen“. Die Bundesrepublik sei bereit, an der Lösung der Spannungen mitzuarbeiten und damit „an der Erreichung unseres legitimen nationalen Ziels mitzuwirken“.

„Werwolfideologie“

Nachdem von Brentano die jüngste Initiative der Sowjetunion als enttäuschend bezeichnet hatte, wandte er sich der Frage eines geographisch eng begrenzten atomfreien Raumes zu. Er stellte die Frage, ob es ein ernsthafter und sinnvoller Vorschlag sein solle, darüber zu sprechen, in welchem Raum Atom-

waffen gelagert werden sollen, wenn man es ablehne, darüber zu sprechen, „daß sie nicht hergestellt und nicht angewandt werden sollen“? Besonders scharf kritisierte der Außenminister Erklärungen des Labourabgeordneten Bevan und die Vorträge des früheren amerikanischen Botschafters Kennan. Seine Betrachtungen sollten, sagte von Brentano, „durchaus“ nicht beiseite geschoben werden. „Aber da, wo er Vorschläge machte, hat er wohl den Boden unter den Füßen verloren. Ich denke insbesondere an den vierten Vortrag und sage in aller Offenheit, wenn heute ein deutscher Politiker auftreten würde und diese merkwürdige Werwolfideologie verkünden wollte, ich glaube, das Urteil über ihn wäre in Deutschland hart und einmütig.“

Der gemeinsame Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes beendete die Kundgebung.

Das Grußwort des Kanzlers

„Ich bedauere außerordentlich, daß ich an Ihrer Kundgebung am 19. Januar nicht teilnehmen kann. Mein Bedauern ist um so größer, als es sich nach Ort, Zeitpunkt, Thema und Teilnehmern der Kundgebung um eine sehr wichtige Veranstaltung handelt. Gerne hätte ich selbst zu Ihrem Leitwort „Die Trennung Deutschlands muß ein Ende haben!“ das Wort ergriffen.“

Das ist leider nicht möglich. Lassen Sie mich deshalb auf diesem Wege sagen, wie sehr ich die Forderung „Die Trennung Deutschlands muß ein Ende haben!“ unterstreiche. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist die entscheidende Aufgabe der Politik der Bundesregierung und sie bleibt es bis zur Erreichung unseres gemeinsamen Zieles. Ich weiß, daß noch viele und große Schwierigkeiten zu überwinden sind...“

„Ich bitte Sie, den Teilnehmern der Kundgebung meine herzlichen Grüße zu übermitteln. Als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands grüße ich mit besonderer Herzlichkeit unsere politischen Freunde, denen die kommunistische Herrschaft durch Vertreibung und Zwang zur Flucht die Heimat genommen hat oder die heute noch hinter dem Eisernen Vorhang im Herzen den Idealen der echten Christlich-Demokratischen Union die Treue bewahren.“

Zwischen Elbe und Oder:

Deutschland endet an Elbe und Werra

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

Berlin (Eigenbericht). Die Bevölkerung der Zone hat die Behauptung der SED „Jeder, der die DDR illegal verläßt, ist ein Verräter“ nicht unwidersprochen hingenommen. Heftige Diskussionen über dieses Thema sind im Gange. Aber wie immer: Die Partei hat recht! Wer in der Zone ausharrt, braucht Kraft.

ERFURT

Verlassene Arbeitsplätze. „Ich bin unzufrieden und verärgert“ sagen viele Arbeiter im VEB Optima in Erfurt. Und als letzte Konsequenz bleibt ihnen nur der Weg nach dem Westen. Arbeitsnormenerhöhung, unzureichende Versorgung, schlechte Wohnverhältnisse und immer wieder politischer Ärger. Das sind die Gründe. Die SED weiß es besser. Die Betriebszeitung des VEB Optima „Das neue Werk“ behauptet, alle Republikflüchtigen würden dem Westen Material in die Hände spielen, um die Arbeiter- und Bauernmacht zu verunglimpfen. In der Mitgliederversammlung standen Arbeiter auf und erklärten frei heraus: „Unsere Regierung erläßt Verordnungen, die gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet sind.“ Die Partei antwortet darauf: „Der Sohn des Kontrollmeisters hat drei Jahre studiert und sein Ingenieurpatent abgelegt. Seine Ausbildung kostete dem Staat 20 000 Mark, durch seine Flucht hat er die Arbeiter verraten.“ Im Bezirk Erfurt sind allein in den letzten sechs Monaten 27 Ärzte in die Bundesrepublik übergesiedelt. Ihre Gründe: die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Sammlung für algerische Freiheitskämpfer: Im VEB Anlagenbau mußten die Frauen des zentralen Frauenausschusses den Verdienst ihrer Sonntagseinsätze, insgesamt 124 DM, als Solidaritätsspende dem Sonderkonto für die algerischen Freiheitskämpfer überweisen.

AUERBACH

Junge Pioniere basteln Rake-

ten. In den Jugendgruppen herrscht ein militaristischer Geist. Im Gegensatz zu dem angeblichen Militarismus nennt die SED die kriegerischen Spiele der FDJ: Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens. Sputniks, Raketen und Stratosphären-Flugzeuge werden gebastelt. Beim Geländespiel kommen sie zum Einsatz. Wer nicht mitmacht, wird angepöbel, er sei ein Reaktionär oder „verkalkt“. Trotzdem findet sich nahezu die Hälfte aller Jungen und Mädchen zum Konfirmandenunterricht ein.

Lebhafte Debatte. Im Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft diskutieren ein paar Dutzend Männer und Frauen über brennende aktuelle Themen. Die Referate über die Bulganin-Briefe werden abgeleiert, die üblichen Friedensbeteuerungen folgen. Lebhaft wird es erst bei der Debatte über die Versorgungslage. Man gibt allgemein zu, daß das Angebot reichlicher ist, daß man wieder dies und jenes kaufen kann. Aber es erhebt sich Protest, als ein Funktionär die Überwindung des Engpasses in der Versorgung mit Gummiband als Erfolg hinstellen will. „Das kann ich nicht als Erfolg des sozialistischen Aufbaus ansehen“, erklärt eine Hausfrau, „das ist doch selbstverständlich.“ Aber gerade an diesen Selbstverständlichkeiten mangelt es oder sie werden himmelhoch gehoben und politisch getüncht.

In jener Ecke im Vogtland gibt es auch glückliche Menschen. Sie schütteln den Kopf, wenn man sie anspricht, ob sie etwas vom 33. Plenum des ZK wissen, ob sie Zeitung lesen oder Rundfunk hören. Sie sind ohne diese „Errungenschaften“ glücklich.

WANZLEBEN

Landsonntag der Agitprop-Trupps. Die armen Kerle stehen vor verschlossenen Türen. Von Haus zu Haus, treppauf, treppab müssen die Agitatoren und Propagandisten aus den Betrie-

ben und Verwaltungen am Sonntag laufen und die Einzelbauern über die große Perspektive aufklären, die sie in einer Kolchose haben. „Einen Appell an die Dummheit“ nannte ein Bauer die Aufforderung, er solle seinen jahrhundertealten Hof aufgeben und in eine LPG eintreten. Man scheut die SED-Versammlungen. Die Bauern werden einzeln bearbeitet. Jeder hört erstaunt, sein Nachbar hätte sich schon bereit erklärt. Er sei der letzte. Die Bauern aber haben handfeste Argumente: Die Kolchosbetriebe liegen bei der Produktion an letzter Stelle, die Privatinitiative wird abgewürgt, die Normenwirtschaft auf dem Lande ist sinnlos.

CHEMNITZ

Das Paßgesetz wird angewandt: Mehrmals wöchentlich findet man in der örtlichen Presse die Diskussion: „... die uns verraten“. In der Redaktion der „Volksstimme“, einer örtlichen SED-Zeitung, häufen sich die Proteste gegen die Bezeichnung „Verräter“ für alle, die die Zone verlassen haben. Doch die Sprachregelung lautet Verräter — und die Dialektiker begründen es: „Weil alle Flüchtlinge direkt oder indirekt mit helfen, einen neuen Krieg gegen die DDR vorzubereiten; mit oder ohne ihren Willen, sind sie alle Verräter.“ Ein Maurer aus Chemnitz, der bei einer Kontrolle am Berliner Ring von der Volkspolizei festgehalten wurde, erhielt zwei Monate Gefängnis, weil er in die Bundesrepublik flüchten wollte.

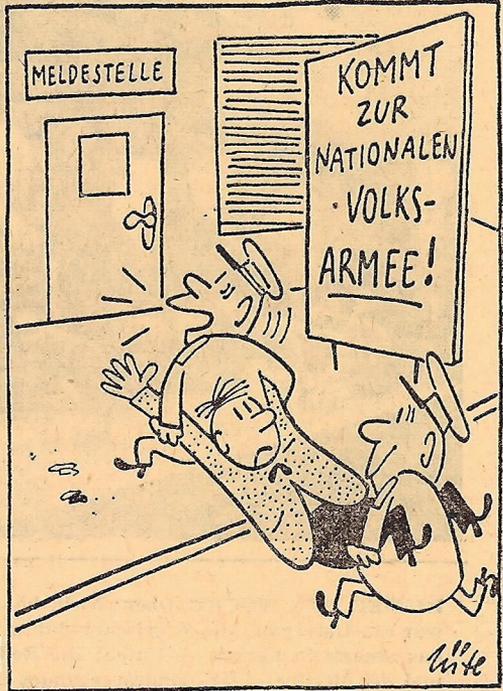
Acht Einwohnerversammlungen wurden über dieses Paßgesetz abgehalten. Dabei gab es heftige Proteste gegen die Einschränkung der Freizügigkeit in Deutschland. Die Antwort des Staatsanwalts: „Freizügigkeit im Sinne der Verfassung gibt es auch bei uns, aber nur innerhalb der DDR, Deutschland endet nicht am Rhein, sondern an Elbe und Werra. Das ist die Konsequenz aus der Tatsache, daß zwei deutsche Teilstaaten bestehen.“

Politik der Zukunft:

Pankows neue Werbe-Kampagne



Geheimdiplomatie



„Mach schnell die Tür auf! Wieder ein Freiwilliger, der sich melden will!“

Fortsetzung von Seite 2

unterlassen haben. Wie aus Belgrad berichtet wird, ist man dort mißgestimmt über die Auswirkungen des Abbruchs der Beziehungen mit der Bundesrepublik. Die Anerkennung Pankows scheint sich nicht richtig zu rentieren; in dieser Beziehung vermag das bisher nicht ungeschickte Lavieren Titos zwischen Ost und West noch keinen Erfolg in Form eines materiellen Nutzens aufzuweisen, auf den es Jugoslawien ankommt. Über die zugesagten Lieferungen aus der Zone ist, so heißt es in Belgrad, bisher nichts bekanntgeworden. Eine unerfreuliche Situation für beide Seiten, die sich Tito hätte ersparen können. Die Schwierigkeiten würden beseitigt sein, wenn die Anerkennung der beiden deutschen Teilgebiete als gleichwertig „selbständige“ Staaten allgemein erfolgen würde; sich also Pankow und

Bonn aussöhnen ließen. Aber das ist ein Wunschtraum, aus dem Tito schon vor drei Monaten durch die Heimkehr seines Bonner Botschafters unsanft geweckt wurde. Tito mag schlecht informiert und beraten gewesen sein, doch heute sollte er seine falsche Einschätzung der deutschen Situation korrigiert haben. Und mit ihm mancher andere im kommunistischen Bereich.

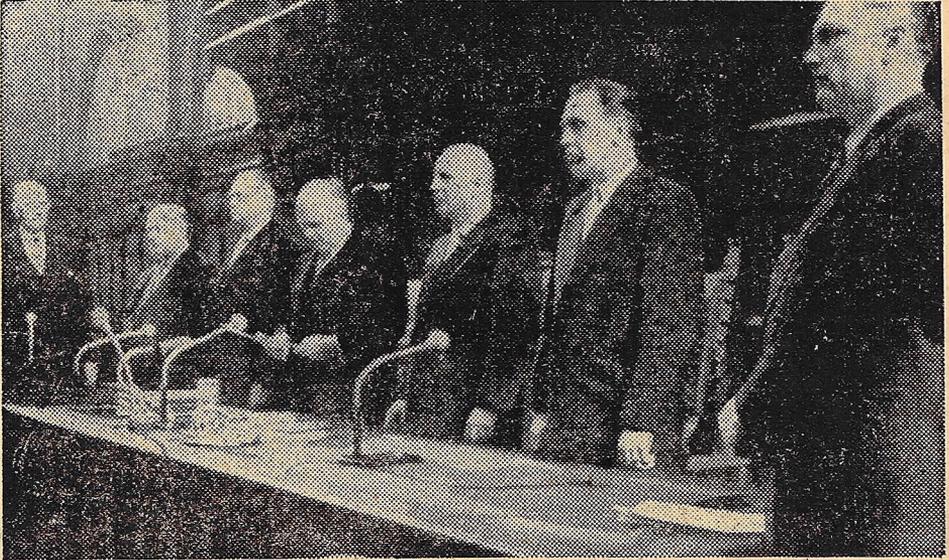
Kontroll-Komödie

DT. Es ging um Stempel. Daß die Sowjets ein besonderes Verhältnis zum „Dokument“ haben, hat wohl kein Berliner vergessen. Nun mußten es die amerikanischen Begleitoffiziere der militärischen Interzonenzüge erfahren: es fehlten, wie gesagt, die sowjetischen Stempel, und diese den Zugpapieren aufzudrücken, war das eigensinnige Bestreben des sowjeti-

schen Kontrolleurs. Die Vorstellung dauerte immerhin zehn Stunden.

Man sollte sie eher als Komödie werten, keinesfalls aber als Tragödie. Doch es bleibt eine Unklarheit und eine Ungelährtheit zurück. Ein neuer sowjetischer Versuchsballon? Ein Versehen? Eine übliche Schikane? Ein fadenscheiniges Demonstrieren der Macht am falschen Objekt und falschen Ort?

Durch solche Zwischenfälle sind die Berliner nicht zu erschüttern; ähnliches hat sich schon mehrfach zugetragen. Wenn sich jedoch die gesamte amerikanische Presse auf den Vorfall geradezu gestürzt hat, so ist das begreiflich, müßte aber den Sowjets klarmachen, welche Folgen derart „fortschrittliche“ Kontrollmethoden nach sich ziehen können.



BILDER DER WOCHE. Oben: Nicht höhere Gewalt, sondern menschliches Versagen war am Untergang des Segelschulschiffes „Pamir“ schuld. Diesen Spruch verkündete das Seeamt in Lübeck. — Unten: Die Redner der großen Kundgebung der Exil-CDU und des Berliner CDU-Landesverbandes in der Kongreßhalle (v.l.n.r.): Bundesminister Ernst Lemmer, Bundesaußenminister Dr. Heinrich von Brentano und Bundestagsabgeordneter Dr. Johann B. Gradl

